

Bericht zur Trägerkonferenz, 11. Februar 2010

Demokratie braucht politische Bildung

Tagung der Träger der politischen Bildung des Landes Brandenburg in Potsdam

Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung und die Landesarbeitsgemeinschaft politisch-kulturelle Bildung in Brandenburg haben am 11. Februar 2010 ihre jährliche Konferenz mit den freien Trägern der politischen Bildung abgehalten. Vor dem Hintergrund der Regierungsneubildung im Herbst 2009 waren Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport als Vertreter aller im Landtag vertretenen Parteien eingeladen worden. Es ging darum, die Positionen der Parteien zum Thema politische Jugend- und Erwachsenenbildung aus erster Hand zu erfahren, die Aufgaben der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung zu erläutern und die Arbeit der freien Träger der politischen Bildung im Land Brandenburg darzustellen. Vor allem jedoch ging es den mehr als 40 Teilnehmern darum, miteinander ins Gespräch zu kommen.

In den Mittelpunkt ihres Impulsreferats stellte die **Leiterin der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung, Dr. Martina Weyrauch**, die grundsätzlichen und die aktuellen Aufgaben der Institution.

Zu den grundsätzlichen Aufgaben gehört es:

- die politische Bildung und die politische Kultur im Land Brandenburg mit dem Ziel zu fördern, die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Bereitschaft zur Wahrnehmung demokratischer Verantwortung in Staat und Gesellschaft zu unterstützen;
- die Herausbildung eines aktiven Demokratiebewusstseins und das Engagement für die europäische Idee, für die Bewältigung globaler Probleme, für die Bewahrung der natürlichen Umwelt und für die Sicherung des Friedens zu stärken;
- Maßnahmen der politischen Bildung von Trägern der politischen Bildungsarbeit im Land Brandenburg nach der geltenden Richtlinie zu fördern.

(Erlass des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport vom 18. Dezember 2006, 26. Januar 2010)

Dieser Auftrag heißt für die tägliche Arbeit, Wirkung und Ausstrahlung in die Tiefe des Landes. Die Landeszentrale als Leitinstitution der politischen Bildung will mit ihrem integralen Konzept aus Veranstaltungen, Ausstellungen, auch Wanderausstellungen, Publikationen und Internet Orientierung liefern. Daneben wurde ein weit gespanntes Netz an freien Trägern der politischen Bildung im Land Brandenburg geschaffen. Gemeinsam setzen wir Impulse für die politische Bildung, identifizieren die Bedürfnisse vor Ort und setzen entsprechende Programme um. Dieses integrale Konzept verfolgt ein einheitliches inhaltliches Ziel und die Angebote können vor Ort genutzt werden.

Der weitaus größte Teil der Sachmittel von 145.000 € und der für die Förderung zur Verfügung stehenden Mittel von 450.000 € kam somit Bürgern im ganzen Land Brandenburg zugute. Mehr als zwei Drittel der Veranstaltungen der politischen Bildung, die durch die Landeszentrale gefördert und zum Teil mitentwickelt wurden, fanden in den Potsdam-fernen Teilen Brandenburgs statt.

In Brandenburg, wie auch in den anderen neuen Bundesländern, ist die Zivilgesellschaft immer noch schwach ausgeprägt. Mit ihrem Konzept der politischen Bildung will die Landeszentrale helfen, diese Schwäche zu überwinden und die Bürger dazu zu bewegen, demokratische Verantwortung zu übernehmen. Die jährliche Trägerkonferenz sowie die zahlreichen Projektentwicklungs- und Beratungsgespräche unterstützen dieses Anliegen.

Aufgaben der Landeszentrale in der neuen Legislaturperiode

Nach den Landtagswahlen vom vergangenen Herbst ist die SPD als stärkste Regierungspartei nicht nur eine neue Koalition – die mit den Linken – eingegangen, sondern auch der Landtag hat sein Gesicht grundlegend verändert. Die DVU schaffte es glücklicherweise nicht mehr ins Parlament. Mit den Grünen/B90 und der FDP erhielten zwei demokratische Parteien von den Bürgern den Auftrag in der Legislative mitzuwirken. Die beiden und die CDU werden eine lebendige Opposition stellen. In diesem Zusammenhang eröffnen sich zwanzig Jahre nach der Neugründung unseres Landes neue Fragestellungen und Herausforderungen.

Der Koalitionsvertrag der Landesregierung benennt drei grundlegende thematische Arbeitsbereiche der politischen Bildung:

„Aufgabe der Landeszentrale für politische Bildung ist es, die Bürger zu aktivem politischen Handeln bei der Gestaltung des demografischen Wandels, der Bekämpfung des politischen Extremismus sowie zur Kenntnis der Geschichte Brandenburgs zu befähigen bzw. zu ermutigen.“

Daraus hat die Landeszentrale für das vor uns liegende Jahr vier inhaltliche Schwerpunkte und Themen für ihre eigene Arbeit abgeleitet:

- Begleitung des demografischen Wandels
- 20 Jahre Brandenburg
- Weiterführung des Debatte „Aufarbeitung und Versöhnung“
- Deutschland im 20. Jahr nach der Vereinigung

1. Demografischer Wandel

Ein Teil des Programms der Landeszentrale in allen Formaten (Veranstaltungen, Ausstellung, Publikationen, Webseite, Förderung) wird an Problemstellungen, die mit dem demografischen Wandel zusammenhängen, ausgerichtet. Dies ist langfristig ein Thema der Landespolitik. Die Landeszentrale will sich mit freien Trägern der politischen Bildung und weiteren Experten darüber verständigen, welches ein sinnvolles Konzept sein kann, diesen Prozess durch politische Bildung zu begleiten. Welche Konsequenzen hat der demografische Wandel in Bezug auf die Teilhabe an demokratischen Prozessen, wie ändern sich die Kommunikationsformen und was heißt das für die politische Bildung? Damit will die Landeszentrale ihren Beitrag leisten, das Thema noch stärker im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger zu verankern.

2. 20 Jahre Brandenburg

Das Land Brandenburg wurde nach der erfolgreichen Friedlichen Revolution 1990 und der darauf folgenden Deutschen Einheit wieder gegründet und befindet sich seit dem in einem umfassenden Transformationsprozess auf politischem, rechtlichem und wirtschaftlichem Gebiet. Die Vermittlung von Landesgeschichte und Landespolitik ist Identität stiftend und regt dazu an, sich ehrenamtlich zu engagieren und gesellschaftspolitisch verantwortlich zu fühlen. Gerade für junge Menschen, die diesen Prozess nicht selbst erlebt haben, ist es wichtig zu erfahren, welches die Gründe waren, die die Akteure des Transformationsprozesses motivierten sich zu engagieren, welche Entwicklungen vorangetrieben wurden und welche Versäumnisse heute gesehen werden.

3. Weiterführung der Debatte „Aufarbeitung und Versöhnung“

Sowohl der Koalitionsvertrag zwischen den Regierungsparteien, der den Willen bekräftigt: „Lehren aus der Geschichte umfassend zu beherzigen und weiter(zu)geben“, als auch die gesellschaftspolitischen Diskussionen, die mit Start der neuen Landesregierung begannen, haben die besondere Bedeutung der historisch-politischen Bildung noch einmal deutlich ge-

macht. Dies betrifft die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte in besonderem Maße, soll aber nicht auf diesen Punkt verengt werden. Dem fühlt sich die Landeszentrale seit Jahren verpflichtet und wird die Debatte fortsetzen. Daran arbeitet die Landeszentrale in Abstimmung mit der neuen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur.

4. Deutschland im 20. Jahr nach der Vereinigung

Nachdem 2009 die Jubiläen „20 Jahre friedliche Revolution in der DDR“ und „60 Jahre Grundgesetz“ sowie die Begleitung der Bundestagswahl und Landtagswahl in Brandenburg Schwerpunkthemen in der politischen Bildung waren, soll 2010 ein Fokus auf gegenwärtige Fragestellungen und Entwicklungen gelegt werden. Der 20. Jahrestag der Deutschen Einheit 2010 soll deshalb Anlass sein, eine Bestandaufnahme des gegenwärtigen Deutschlands und künftige Entwicklungen in den Blick zu nehmen. Die Menschen suchen gerade in Krisen- und Umbruchzeiten nach Orientierung. Dazu kann die politische Bildung mit ihren sehr unterschiedlichen Angeboten beitragen. Hierfür wird eine Veranstaltungsreihe entwickelt.

Zusammenarbeit mit freien Trägern

Zum guten Schluss schätzte die Leiterin der Landeszentrale ein, dass die Zusammenarbeit zwischen Landeszentrale und freien Trägern in den vergangenen Jahren immer intensiver und fruchtbringender geworden ist. Sie wies noch einmal auf solche Internet gestützten Angebote der Landeszentrale wie die Plattform Förderung, den Veranstaltungskalender und die Adressdatei hin, die, wenn sie auch von den Trägern selbst gepflegt werden, praktikable Instrumente der Netzworkebildung sein können. Diese Art der Qualifizierung und Vernetzung können zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der freien Träger der politischen Bildung beitragen. International nennt man das Capacity Building. Dies sei Instrument, die personellen, wissenschaftlich-technisch, konzeptionellen sowie organisatorisch-institutionellen Ressourcen und Fähigkeiten aller zu stärken. Als beredten Ausdruck der jahrelangen erfolgreichen Zusammenarbeit wertete Dr. Weyrauch die Tatsache, dass zahlreiche neue, junge Träger nachgewachsen sind und mit ihren spezifischen Angeboten die politische Bildung in Brandenburg bereichern.

Dr. Michael Jahn, Landesarbeitsgemeinschaft politisch-kulturelle Bildung in Brandenburg

Sein Plädoyer für die politische Bildung und den Fortbestand der Trägerlandschaft leitete Dr. Jahn mit einem kurzen Rückblick auf die Arbeit des Jahres 2009 ein. Er skizzierte kurz wie die freien Träger der politischen Bildung an unterschiedlichen Orten des Landes und mit verschiedenen Mitteln und Methoden Ereignissen wie „60 Jahre Grundgesetz“ und „20 Jahre Friedliche Revolution“ ein eigenes, spezifisch brandenburgisches Gesicht gegeben haben. Im Anschluss skizzierte er die gemeinsamen Projekte der in der Landesarbeitsgemeinschaft vereinten freien Träger der politischen Bildung „Demokratie in der Kommune“ (2008/2009) und „Demokratie im ländlichen Raum“ (seit 2010).

Die LAG widmet sich mit Kontinuität seit Jahren erfolgreich der Organisation von politischer Bildung im Flächenland Brandenburg. Sie initiiert, leitet an, koordiniert und vernetzt. Über ihre Mitgliedsorganisationen ist sie überall im Land vertreten. Dr. Jahn beschrieb die brandenburgische Trägerlandschaft als breit, bunt und vor allem durch das Ehrenamt getragen. Daraus ergibt sich fast zwangsläufig, dass sie Unterstützung braucht für ihren Erhalt. Das betrifft die Rahmenbedingungen für die Arbeit, das betrifft aber auch die Finanzen. Die Forderung der LAG lautet: Für die Förderung freier Träger politischer Bildung braucht die Landeszentrale mindestens 750.000 €. Darüber hinaus müsse endlich darüber nachgedacht werden, nicht allein in die Projektförderung zu investieren, sondern auch der institutionellen Förderung Raum und Finanzen zu geben. Wir brauchen keinen Aktionismus und keine Events, wir brauchen nachhaltige Strukturen, lautete sein Appell.

Beiträge der Ausschussmitglieder

Im Anschluss hatten die Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport des Landtags Brandenburg das Wort (Beate Blechinger, CDU konnte wegen Terminüberschneidungen nicht an der Konferenz teilnehmen). Aus Platzgründen hier jeweils eine kurze Zusammenfassung des Gesagten.

Thomas Günther (SPD)

Er bescheinigte der Landeszentrale, sie müsse für eine unbequeme Sache werben. Das lohne sich jedoch, denn Demokratie sei ein Wert an sich. Er warb dafür, den freien Diskurs und den offenen Meinungs austausch fest in der Kultur Brandenburgs zu verankern. Diesen Part übernehmen zu einem wichtigen Teil auch die freien Träger der politischen Bildung. Günther zeigte sich überrascht, wie viele Träger es in Brandenburg gibt. Wir brauchten sie dringend, um die politische Bildung weiterhin ins Land hineinzutragen. Er empfahl die enge Zusammenarbeit mit der neuen Diktaturbeauftragten und mit den Schulen. Bei den Finanzen gelte es, Stabilität zu sichern, um Kontinuität zu wahren. Abschließend versicherte Günther, er freue sich auf die Arbeit im Kuratorium der Landeszentrale.

Gerrit Große (Die Linke)

Die Festigung der Demokratie und eine Stärkung der Zivilgesellschaft nannte Gerrit Große das gemeinsame Ziel aller demokratischen Kräfte. Sie erinnerte daran, dass sowohl der Koalitionsvertrag als auch die Haushaltsverhandlungen für das laufende Jahr sich der schwierigen Aufgabe stellen mussten, das, was wir hatten, festzuhalten. Es ging im Prinzip nur um Verschiebungen, um Prioritätensetzungen. Große plädierte dafür, in die Arbeit der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung von DDR-Vergangenheit in Brandenburg sowohl den Sachverständigen der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung als auch den freien Trägern der politischen Bildung einfließen zu lassen.

Den freien Trägern empfahl sie, stärker als bisher gesellschaftspolitische Debatten anzustoßen, so zum Beispiel zu Themen wie Inklusion oder Kohle. Sie bescheinigte dem Land eine Trägervielfalt, die es gelte, stabil zu halten. Sie mahnte an, mehr Vernetzung, z.B. mit den Schulen zu schaffen und mit neuen Mitteln und Methoden mehr junge Menschen zu erreichen. Ihre Erfahrung besage, dass das Thema Weiterbildung vor den Problemen in der Bildung oft in den Hintergrund gerate und rief den Teilnehmern der Konferenz zu: Bitte bewegen Sie uns!

Marie Luise von Halem (Grüne/B90)

DVU und NPD seien glücklicherweise nicht im Landtag Brandenburgs vertreten, aber jeder wisse, dass extreme Werthaltungen weit verbreitet seien. Dem müsse die Gesellschaft etwas entgegen setzen und deshalb sei wichtig, dass Menschen lebenslang die Chance haben, an politischer Bildung teilzunehmen. Auch bei der Aufarbeitung der Diktaturen müsse politische Erwachsenenbildung eingreifen. Ziel aller Bemühungen sei die Beantwortung der Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Das schließe so wichtige Zukunftsfragen wie Ökologie und Kohle ein.

Heute hängen Bildungschancen immer noch von der sozialen Herkunft ab. Das müsse sich ändern. Sie erkenne die Wichtigkeit politischer Bildung, habe sich aber bis heute noch keine Meinung dazu gebildet, wo bei dem umfangreichen und knapp gestrickten Haushalt Brandenburgs das Geld herkommen solle, um beim Thema Bildung aufzustocken.

Andreas Büttner (FDP)

Auch Andreas Büttner betonte den hohen Stellenwert der politischen Erwachsenenbildung und gab ein klares Bekenntnis zur Landeszentrale und den freien Trägern der politischen Bildung ab. Der Staat müsse den qualitativen Rahmen dafür sichern und die Finanzen sichern. Er sehe, dass sich die Zivilgesellschaft entwickle und nannte als Beispiel das Demokratiefest, das Jugendliche nach rechtsextremen Übergriffen in Templin organisiert hatten. Sein Appell an alle Anwesenden: Extremisten dürfen nicht im Landtag oder den Kommunalparlamenten vertreten sein. Dafür lohne es sich zu arbeiten. Büttner regte eine engere Ko-

operation zwischen den freien Trägern der politischen Bildung und den regionalen Unternehmen an. Seiner Erfahrung nach haben Unternehmen zunehmend Interesse an politischer Bildung direkt am Arbeitsplatz. Außerdem sprach er sich für eine intensivere Nutzung des Internets, um politische Inhalte zu transportieren – so denn endlich schnelle Internetverbindungen auch auf dem Lande verfügbar seien. Büttner plädierte für mehr institutionelle Förderung in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung und forderte, man müsse weg von der ausschließlichen Projektförderung in diesem Bereich.

Torsten Krause (Die Linke)

Als neuer Vorsitzender des Landtagsausschusses für Bildung, Jugend und Sport sei er erst wenige Tage im Amt. (*Anm.: Er folgte Gerrit Große, die zur stellvertretenden Landtagspräsidentin gewählt wurde.*) Deshalb wolle er hier vor allem die Bitte äußern, eine enge Zusammenarbeit zu praktizieren. Der Anfang sei ja mit dieser Konferenz gemacht. Er freue sich auf den künftigen Gedankenaustausch.

In der sich anschließenden Diskussion gaben Vertreter der freien Träger der politischen Bildung Einblicke in ihre Arbeit, schilderten Erfolge und Hemmnisse. Da ging es um die erheblichen Mittelkürzungen in den vergangenen sieben Jahren, in deren Folge viele gute Ideen in der politischen Bildung einfach verloren gingen. Allen Parteien sei die Bildung ein so wichtiges Thema, die Realität aber sehe anders aus – in allen Bereichen werde gekürzt, die Hoffnung auf institutionelle Förderung sei von den Trägern praktisch schon längst begraben. Es gab zahlreiche Plädoyers dafür, dass Kontinuität das A und O in der politischen Bildung sei. Mancherorts fehlten immer noch die Strukturen, auf die man mit politischer Bildung aufsetzen könne. Und es gab die These, dass politische Bildung eine gute Portion anarchischen Humor vertragen könne. Erst wenn man sich traue, sich den Politikern entgegenzustellen, würden Politik und politische Bildung spannend.

Wichtiges zum Thema Förderung

Der Nachmittag der Konferenz war dem **internen Gedankenaustausch** zwischen den freien Trägern politischer Bildung vorbehalten. Die Mitarbeiterinnen der Landeszentrale, die mit dem Thema Förderung befasst sind, gaben zu folgenden Themen Auskunft:

- Fragen rund um das Ausfüllen des Online-Förderantrages,
- Wie sieht das Verfahren innerhalb der Landeszentrale aus, um über einen Förderantrag zu entscheiden? (*In aller Kürze: Eine Gruppe von Referenten, niemals einer allein, macht sich ein Bild über den Inhalt des Antrag und entscheidet nach festgelegten Kriterien.*)
- Warum kann die Landeszentrale in diesem Jahr voraussichtlich erst wieder im Juni Förderanträge bescheiden? (*Der Landeshaushalt wird voraussichtlich erst Ende Mai im Landtag verabschiedet. Die Mittel, die die Landeszentrale in der vorläufigen Haushaltsführung ausgeben durfte, sind bereits verbraucht.*)
- Das Bildungsministerium hat am 8. Dezember 2009 eine neue Richtlinie für die Arbeit der Landeszentrale erlassen. (*Diese Richtlinie ist im Prinzip eine Fortschreibung der vorherigen. Es gibt keine wesentlichen Änderungen.*)
- Maßnahmebeginn/Veranstaltungstermin (*Beide Termine können nie zusammenfallen, da der Maßnahmebeginn den Termin bezeichnet, an dem erste rechtlich bindende Verträge mit Referenten, Mietverträge, Veranstaltungswerbung oder dergleichen mehr eingegangen werden.*)
- Folge von vorfristigen Veranstaltungsankündigungen (*Wer Veranstaltungen zu Werbezwecken ankündigt, bevor er einen Zuwendungsbescheid bekommen hat, kann nicht mehr gefördert werden.*)
- Neue Bankverbindung beachten! (*Auch die noch ausstehenden Rückzahlungen für nicht verwendete Fördermittel für das Jahr 2009 müssen auf das neue Konto gebucht werden.*)
- Das Kuratorium der Landeszentrale wird neu besetzt (*Noch stehen nicht alle Mitglieder fest. Neben dem Ministerpräsidenten werden es Vertreter aller im Landtag vertre-*

- tenden Parteien, ein Vertreter der Wissenschaft und ein Vertreter der Kommunen sein. Das Kuratorium wird Mitte des Jahres seine erste Zusammenkunft haben.)
- Anforderungen an den Sachbericht (Nach den vor einem Jahr neu gefassten Allgemeinen Bestimmungen zu Projektförderung müssen alle organisatorischen und/oder inhaltlichen Abweichungen vom ursprünglichen Programm im Sachbericht begründet und unbedingt vorher rechtzeitig beim Zuwendungsgeber angezeigt werden. Außerdem neu: eine kurze, zusammenfassende Äußerung zu den größten/wichtigsten Positionen des Finanzplans. Sonstige Stichpunkte für den Sachbericht: 1. Statistik [Thema, Ort, Zeitraum, Zahl der Teilnehmer], 2. Abgleich mit den im Antrag formulierten Zielen, 3. Methodenvielfalt, 4. Einsatz von verschiedenen Medien, 5. Bewertung der Referenten, 6. Bewertung der Veranstaltung durch die Teilnehmer, 8. Empfehlungen an die Landeszentrale)